Deutscher Bundestag **Drucksache 14/8271**

14. Wahlperiode 20. 02. 2002

Antrag

der Abgeordneten Petra Bläss, Dr. Heinrich Fink, Wolfgang Gehrcke, Dr. Klaus Grehn, Uwe Hiksch, Carsten Hübner, Heidi Lippmann, Dr. Winfried Wolf, Roland Claus und der Fraktion der PDS

Die Gewaltspirale im Nahen Osten beenden

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Eskalation der Gewalt im Nahen Osten bedroht den Frieden in der Region und darüber hinaus. Sie vertieft den Graben zwischen jüdischen Bürgern Israels und der arabischen Bevölkerung im gesamten Nahen Osten. Fortschritte bei der Lösung des Nahostkonflikts sind von entscheidender Bedeutung, um weltweit mehr Stabilität und Sicherheit zu erreichen.

Die Anwendung von Gewalt – von welcher Seite und in welcher Form auch immer – ist inakzeptabel und wird entschieden verurteilt. Die jüngsten Verschärfungen der Lage zeigen, dass es keine positive Alternative zur politischen Lösung dieses Konflikts gibt. Eine dauerhafte Friedenslösung im Nahen Osten lässt sich nicht durch Diktat des Stärkeren und Kapitulation des Schwächeren erreichen. Sie setzt die gleichberechtigte Teilnahme und die Berücksichtigung der Interessen aller Beteiligten voraus.

Der Deutsche Bundestag bekräftigt das Existenzrecht des Staates Israel innerhalb gesicherter, anerkannter und respektierter Grenzen. Israels Interesse daran ist legitim und muss von der internationalen Gemeinschaft unterstützt werden. Legitim und zu unterstützen ist auch das Recht der Palästinenser auf einen souveränen, sicheren, demokratischen, lebensfähigen und friedlichen Staat.

Die Herbeiführung eines gerechten, dauerhaften Friedens zwischen Israel und den Palästinensern bedarf der internationalen Begleitung und Unterstützung. Deshalb kommen der UNO und ihrem Generalsekretär eine besondere Verantwortung zu.

Die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten haben die Verpflichtung, durch politische und ökonomische Unterstützung zur Konsolidierung des Weges zum Frieden in der Nahostregion beizutragen. Dies erfordert mehr denn je die energische Förderung und Unterstützung zivilgesellschaftlicher Ansätze zur Deeskalation von Gewalt und zur Versöhnung zwischen Israelis und Palästinensern. Eine erneute internationale Initiative, die vermittelnd in den Konflikt eingreift, ist jetzt dringend geboten. Eine solche Initiative muss helfen, den Prozess von Oslo wieder aufzugreifen und Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte durchzusetzen.

Aus der deutschen Geschichte heraus erwächst eine besondere Verantwortung gegenüber Israel. Zu dieser Verantwortung gehört, im eigenen Land und weltweit energisch gegen Antisemitismus einzutreten.

Solidarität schließt eine kritische Begleitung ein und nicht aus. Israels derzeitige Politik der Verschärfung des Konflikts mit den Palästinensern führt nicht zu mehr Sicherheit für Israel. Sie steht im Widerspruch zu dem Ziel, Frieden mit den Palästinensern und den arabischen Nachbarn zu schließen.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

intensiver mit eigenen Initiativen im Rahmen der Europäischen Union für die Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts zu wirken und deren Initiativen konsequent mitzutragen. Das bedeutet insbesondere:

1. sich für eine gemeinsame Nahoststrategie einzusetzen, um letztendlich einen gerechten, umfassenden und dauerhaften Frieden unter Gewährleistung von Stabilität und Sicherheit für die Region zu verwirklichen,
2. die Palästinensische Autonomiebehörde aufzufordern, terroristische Netzwerke zu bekämpfen und aufzulösen,
3. die israelische Regierung zur Beendigung aller Gewalthandlungen, Blockaden und Zerstörungen zu bewegen, die Zerstörungen ziviler palästinensischer Einrichtungen durch das israelische Militär zu verurteilen und ggf. Entschädigungsforderungen an Israel zu unterstützen, Israel aufzufordern, die Tötung palästinensischer Repräsentanten unverzüglich einzustellen, ein Ende der israelischen Siedlungs- und Enteignungspolitik in den besetzten Gebieten sowie die dauerhafte Aufhebung der vertragswidrigen Blockade der Autonomiegebiete zu erreichen,
4. eine diplomatische Initiative zu ergreifen, um kurzfristig den unverzüglichen Abzug der israelischen Armee aus den erneut besetzten Palästinensergebieten sicherzustellen,
5. Palästinenser und Israelis aufzufordern, die umfassenden Empfehlungen des Sharm el-Sheik Berichts (Mitchell Bericht) umzusetzen und sie zu ermutigen, eine internationale Beobachtermission zu etablieren, die den betroffenen Parteien dabei hilft,
6. die Kommission der Europäischen Union dringend dazu aufzufordern, alle Bestimmungen des Assoziierungsabkommens mit Israel insbesondere im Hinblick auf die Ursprungsregeln sorgfältig zu prüfen und durchzuführen,
7. gegenüber den arabischen Staaten darauf hinzuwirken ausschließlich die palästinensische Autonomiebehörde und solche palästinensischen Gruppen zu unterstützen, die eine gerechte Friedenslösung mit Israel anstreben,
8. dafür Sorge zu tragen, dass die im Code of Conduct der Europäischen Union und der deutschen Rüstungsexportrichtlinien festgehaltenen Forderungen, keine Waffen in Spannungsgebiete wie den Nahen Osten zu liefern eingehalten werden,
9. in Übereinstimmung mit den betroffenen Parteien zwischen Israel und der palästinensischen Westbank sowie dem Gaza-Streifen entmilitarisierte Zonen einzurichten, die durch eine VN-peace-keeping-mission überwacht werden,
10. durch einen interkulturellen Dialog das Verständnis von Gesellschaft und Religionen füreinander zu fördern und zu verbessern,
11. Kontakte auf politischer und parlamentarischer Ebene mit den Parlamenten und politischen Parteien der Region und mit der Zivilgesellschaft insbesondere der israelischen und palästinensischen Friedensbewegung zu verstärken,

12. in Abstimmung mit der UNO, den USA und Russland die Einberufung einer Konferenz zur Sicherheit und Zusammenarbeit in der Region vorzuschlagen, die zu einer dauerhaften und gerechten Lösung des Nahostkonflikts beitragen soll. Diese Konferenz muss die Sicherheitsinteressen Israels berücksichtigen und dafür wirksame Garantien erreichen, Gewaltverzicht als Handlungsgrundlage verankern, den Aufbau der politischen und ökonomischen Grundlagen des palästinensischen Staates sicherstellen, ein Übereinkommen zur Flüchtlingsfrage erzielen, eine Lösung der Wasserproblematik erarbeiten sowie zu einer schrittweisen Entmilitarisierung der Region beitragen.

Berlin, den 19. Februar 2002

Petra Bläss
Dr. Heinrich Fink
Wolfgang Gehrcke
Dr. Klaus Grehn
Uwe Hiksch
Carsten Hübner
Heidi Lippmann
Dr. Winfried Wolf
Roland Claus und Fraktion der PDS



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333